

Konzertabsage von Lorde hat nichts mit Antisemitismus zu tun

11.01.2018

Categories: Angriffe gegen BDS, Kultureller Boykott

In einem Artikel, der in der [Süddeutschen Zeitung](#), dem Tagesanzeiger und dem Bund veröffentlicht wurde, wirft Jan Kedves der neuseeländischen Popsängerin Lorde vor, der „antisemitischen“ BDS-Bewegung aufgesessen zu sein. Einen scheusslichen Diffamierungsversuch einer pro-israelischen Gruppe gegen die Sängerin mit einer Fotomontage in der Washington Post spielt er hingegen herunter und sieht ihn vor allem "als Beweis für den Erfolg" von BDS. Lorde hat ihr [Konzert in Israel abgesagt](#), nachdem sie von neuseeländischen Menschenrechtsgruppen auf die BDS-Kampagne aufmerksam gemacht wurde. Lorde selber sagte, sie habe zuvor fälschlicherweise geglaubt, ein Konzert in Tel Aviv sei die richtige Entscheidung.

BDS stellt sich gegen jede Form von Rassismus

Mit der Gleichsetzung von BDS und Antisemitismus verletzt Kedves klar journalistische Standards. Denn der schwerwiegende Antisemitismusvorwurf, der als Fakt daherkommt, wird nicht begründet und schon gar nicht bewiesen. Der Artikel folgt mit dieser Verleumdung einer offen geführten Kampagne der israelischen Regierung und pro-israelischer Kräfte mit dem Ziel, die BDS-Kampagne zu delegitimieren.

Ein Blick in die Prinzipien und Ziele der palästinensisch geführten BDS-Bewegung verrät die Absurdität des Antisemitismusvorwurfs. Die Bewegung ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert und stellt sich entschieden gegen jede Art von Diskriminierung und Rassismus, inklusive Islamophobie und Antisemitismus. Sie setzt sich für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller in Palästina/Israel ungeachtet ihrer ethnisch-religiösen Zugehörigkeit ein. Die Forderungen der BDS-Bewegung bedrohen in keiner Weise die Existenz der jüdischen Bevölkerung in Israel oder sonstwo auf der Welt und enthalten keine diskriminierenden Aussagen zu einzelnen Personen oder Personengruppen.

Nicht gegen israelische Künstler_innen

Die von der BDS-Kampagne beschriebenen und veröffentlichten Prinzipien werden von JournalistInnen – ob bewusst oder aus mangelnder journalistischer Sorgfalt – vielfach ignoriert. Auch im Artikel im Tagesanzeiger und Bund wird behauptet, BDS hätte wegen des Auftritts einer israelischen Musikerin zum Boykott eines Popfestivals in Berlin aufgerufen. Beides ist unzutreffend. Ausschlaggebend für den Boykottaufruf war vielmehr die Partnerschaft des Festivals mit der israelischen Botschaft, wie das BDS Berlin klar und offen begründet hat. Zum Boykott kultureller und akademischer Projekte, die mit offiziellen Institutionen verbunden sind, gibt es einen klaren Kriterienkatalog der palästinensischen Boykott-Kampagne. Dieser schliesst den Boykott von individuellen KünstlerInnen und AkademikerInnen klar aus, sofern sie nicht den Staat Israel oder eine mitverantwortliche israelische Institution vertreten oder an den Bemühungen Israels zur Aufwertung seines Images (Rebranding) beteiligt sind.

Boycott als politischer Akt

Wenn Jan Kedves von Lorde verlangt, sie solle sich an „Strategien, mit denen Popkünstler sonst in politisch umkämpfte Gebiete fahren“, erinnern und „sich auf der Bühne mit einem Statement positionieren [und] Aktivisten aller Seiten treffen“, spricht er ihr ab, frei eine andere Entscheidung getroffen zu haben, wie sie ihre Meinung kundtut. Insbesondere vergisst er aber, dass Künstler_innen mit ihrem Boykott entschieden zum Fall des südafrikanischen Apartheidregimes beigetragen haben. Boykotte durch die Zivilgesellschaft – sei es gegen ein Apartheidregime, ein Unternehmen, das sich an Menschenrechtsverletzungen beteiligt – sind ein akzeptiertes Mittel des politischen Drucks und unterliegen dem Recht auf freie Meinungsäußerung, das von vielen Kulturschaffenden weltweit und auch in der Schweiz mitgetragen wird. Will Kedves Kulturschaffenden dieses Recht absprechen?

Antisemitismusvorwurf als Teil einer Strategie gegen BDS

Israel hat seit einigen Jahren ein deklariertes politisches Interesse daran, BDS zu bekämpfen und mit Antisemitismus und Terrorismus in Verbindung zu bringen. Erst kürzlich hat die israelische Regierung verkündet, 72 Millionen Dollar für die Delegitimierung von BDS auszugeben - Beispiele für die anti-demokratische Umsetzung gibt es genügend.

Die israelische Strategie der Delegitimierung ist im genannten Artikel aufgegangen und reproduziert sich gleich selber. Kedves stellt die Verbindung von BDS und Antisemitismus als ganz normal und nicht weiter erklärungsbedürftig hin. Er macht sich auch nicht die Mühe, sich genauer mit den Zielen und Prinzipien der Bewegung auseinanderzusetzen. Schlussendlich gehen nicht Künstler_innen der BDS-Bewegung „auf den Leim“, die wie Lorde eine bewusste und informierte Entscheidung treffen, sondern es ist der Journalist, der der israelischen Propaganda auf den Leim geht.